Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 84 (1990)
Heft: 7-8

Artikel: Brief aus dem Nationalrat : die Mächtigen, der Bundesrat und wir
Autor: Braunschweig, Hansjörg
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-143559

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

sind am meisten betroffen vom perfiden Verwirrspiel der Wirtschaft, die einmal die nationalistische Geige spielt und dann den Mund voll nimmt mit «transnational» und «global». Sie könnten weltweit sagen, dass die Nationen ein Relikt des 19. Jahrhunderts sind.

9. Die Schweiz benötigt dringend eine Öffnung dem *Weiblichen* und den *Frauen* gegenüber. Mit Quoten allein ist es nicht getan. Aber auch nicht mit einer Gleichschaltung. Es geht überhaupt nicht darum, dass Frauen *auch* in der Armee und der Polizei, der Feuerwehr und dem Schützenverein zugelassen werden. Es geht primär um die Schaffung neuer, sinnvoller Vereine mit anderen Zielen als der Zelebration der Macht und Stärke, der Männlichkeit und des Heroentums. Niemand lächle daher über eine lange, mühsame und gemeinsam zu vollziehende Umschichtung von Vereinen, von Kirchen, von Sprache, von Theologie usw. Wahrscheinlich geht es miteinander in Richtung einer erneuerten Subsistenz, wie die Bielefelder Frauen Bennholdt-Thomsen und Mies von Werlhof theoretisch vorausahnen und dafür ihre Universitätsposten wie Verräterinnen verlassen mussten.

10. Immer verschlossen war das Land Schweiz *Künstlern* gegenüber. Mit «derartigen Menschen» kam sie stets erst postum zurecht. Dazu schreibe ich gar nicht viel, denn jede/r kennt mindestens eine Tragödie oder auch Komödie selbst. – Da wir gerade die Vorgänge im Osten bestaunen, möchte ich als Vision fragen: Können wir uns in dieser Schweiz nach dem Beispiel der Tschechoslowakei einen Dichter, Dramatiker und Schriftsteller wie Max Frisch als Staatspräsidenten vorstellen? Gut, liesse sich einwenden, wir kennen keine Präsidenten, und wenn er schon will, kann er sich der nächsten Wahl ins Parlament stellen. Doch mir geht es um solche Zeichen. Warum weiss keiner meiner Bekannten aus fünf Kantonen einen Gemeindepräsidenten aufzuzählen, der Künstler ist? Wie verschlossen und kleinlich wir doch in der Schweiz geworden sind, zeigt die Aussage eines Stadtpräsidenten: «Ohne Recht studiert zu haben, kann wohl immer weniger jemand eine verantwortungsvolle Stellung in einer Kommune übernehmen.» Dass dieser Mann daraus auch noch den Schluss zieht, das sei «eine positive Folge des Rechtsstaats», zeigt die Absurdität einer kafkaesk geworden «Schloss»-Schweiz auf.

Brief aus dem Nationalrat

Die Mächtigen, der Bundesrat und wir

Eine zeitgemässe Art der Desertion

Auf eine Interpellation des Bündner Sozialdemokraten und derzeitigen Präsidenten der Aussenpolitischen Kommission, Martin Bundi, hin bestätigte Bundesrat René Felber am 14. Juni 1990 das *Geheimabkommen Schweiz–Kanada* von 1985, eine Absichtserklärung über die Rahmenbedingungen für die vorübergehende Verlegung schweizerischer Unternehmen nach Kanada im Krisenfall. Die Führungskräfte, die uns so gerne Verantwortungsbewusstsein und Opfersymmetrie predigen, sollen sich in bedrohlicher Lage ins Ausland absetzen und uns, das Volk, der Katastrophe preisgeben. Bereits haben sich rund 100 interessierte Firmen für diesen Fluchtweg in ein vertrauliches(!) Register eintragen lassen. Allerdings sei eine Militärdienstbefreiung für diese zeitgemässe Art der Desertion nicht vorgesehen. Ob die Direktoren und Verwaltungsräte nach einer allfälligen Rückkehr vor Militärgericht gestellt werden wie vor 50 Jahren die Spanienkämpfer oder später die vielen jungen Schweizer, die in der fran-

zösischen Fremdenlegion Heil und Trost suchten? Auch dieser Weg ist nicht vorgesehen. Den Firmen werde empfohlen, Kader miteinzubeziehen, die nicht militärdienstpflichtig sind! Felber blieb konsequent und sprach von Absprachen mit weiteren Ländern, die zum Schutze von Vermögenswerten schweizerischer Unternehmen in Frage kommen könnten. Ich habe Martin Bundi noch selten so unzufrieden und entrüstet erlebt.

Konflikt zwischen Privatwirtschaft und Armeeführung

Der Nationalrat überwies vor Jahresfrist einstimmig ein *Postulat der Geschäftsprüfungskommission* (89.021), das den Bundesrat um einen Bericht ersucht, wie die Koordination zwischen Studium, Berufs- und Weiterbildungsschulen einerseits und Militärdienst anderseits verbessert und wie die Wehrpflicht als Schranke der Privatautonomie im Vertragsrecht zur Geltung gebracht werden könnte.

Dazu erklärte Nationalrat Paul Günter: «Von einer Grossbank über die Ingenieurschule im Kanton Waadt bis hin zu Gemeinden und schweizerischen Organisationen, alle machen ihren Leuten für die Dauer von zum Teil dreijährigen Ausbildungen die Auflage, weder Militärdienst noch Ferien zu planen!» Ich habe schon früher auf dieses Postulat aufmerksam gemacht. Seither ist dazu einiges durchgesickert: Die Schweizerische Volksbank verhindert offenbar den Militärdienst der höheren Angestellten besonders systematisch. Bei Anstellungsgesprächen der Schweizerischen Kreditanstalt spiele die Offizierslaufbahn keine Rolle mehr. Beim Bankverein ist es unausgesprochen geradezu erwünscht, wenn ein Kandidat keinen Militärdienst leistet und der Bank ununterbrochen zur Verfügung steht (möglichst auch ohne Ferien, Krankheit und Familie...). Dann kann er im Krisenfall sofort nach Kanada entsandt werden!

Der Konflikt ist beträchtlich: Bundesrat Villiger sprach von über 10000 Verschiebungs- und Wiedererwägungsgesuchen für Militärdienstleistungen in einem einzigen Jahr. Zur Begründung verwies er auf Aus- und Weiterbildung, die anspruchsvoller geworden seien. Das ist richtig. Aber das andere auch: Der Militärdienst hat für die Privatwirtschaft an Sinn und Bedeutung ganz wesentlich eingebüsst. Der Ausbildungschef der Armee, Korpskommandant Rolf Binder, lud die Grossbanken zu einer Koordinations-Konferenz ein. Am Vorabend liessen sich die Bankenvertreter entschuldigen, ohne ein neues Datum vorzuschlagen. Damit brachten sie auch zum Ausdruck, wer in diesem Lande das Sagen hat!

Erst nach dem Bekanntwerden des Geheimabkommens mit Kanada ist mir die tiefere Bedeutung des Postulats der GPK 1989 bewusst geworden. Früher gab es ähnliche Szenarien für den Bundesrat: als schweizerische Exilregierung in Irland! Nun will der Bundesrat auch im Krisenfall landesväterlich bei uns bleiben! Das ist tröstlich. Allerdings verschwindet er im *Bundesratsbunker* irgendwo in einem bernischen Feriendorf. In diesen Tagen sollen wir dafür eine weitere Tranche von 56 Millionen Schweizer Franken bewilligen. Die Gesamtanlage kostet eine Viertelmilliarde, aber das ist geheim und musste dem «Blick» entnommen werden!

Für uns Gewöhnlich-Sterbliche bleiben die Zivilschutzbunker, sofern wir an deren Schutzwirkung glauben.

Dennoch ein heiterer und hoffnungsvoller Schlusspunkt

Das *Atomkraftwerk Greifswald* in der DDR soll noch in diesem Jahr stillgelegt werden – wegen gravierender Sicherheitsmängel. Die Leserinnen und Leser erinnern sich: Vor zwei Jahren war ich mit einer Parlaments-Delegation in der DDR und stellte in Rostock die Frage nach der Zukunft des Atomkraftwerks. Meine Fragen und Bedenken stiessen erwartungsgemäss auf Unverständnis und Ablehnung. Ich wusste dies, wollte aber allfällig anwesenden DDR-Skeptikern (oder gar Gegnern) mit meinen Vorbehalten Mut machen. Die bürgerlichen Kollegen (und eine Kollegin) der Schweizerdelegation reagierten hämisch auf die mir erteilte Abfuhr. Nach 20 Monaten bin ich fröhlich und zuversichtlich gestimmt!

Hansjörg Braunschweig